

## Hildburghausen: Höhere Steuern beschlossen

Von Waltraud Nagel

**Die Abstimmung in der jüngsten Stadtratssitzung in Hildburghausen war denkbar knapp: Neun Stadträte votierten für, acht gegen eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern. Drei enthielten sich der Stimme.**

**Hildburghausen** - Schon die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss hatte zuvor deutlich gemacht: Steuern erhöhen will eigentlich keine der Stadtratsfraktionen und schon gar nicht, wenn das Land Druck macht, um bei den Kommunen zu sparen. (*Freies Wort* vom 10. Dezember 2010.) Auch der Linkspartei-Bürgermeister Steffen Harzer nannte das neue Finanzausgleichsgesetz des Landes "räuberische Erpressung". Aber er machte auch gleichzeitig deutlich: "Es gibt ein Schreiben der Kommunalaufsicht. Ich muss als Bürgermeister diese Beschlussvorlage einbringen, weil ich sonst bewusst, einen Einnahmeverlust für die Stadt im Jahr 2015 herbeiführe." Hintergrund ist, dass das Land dann für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen unter anderem einen fiktiven Steuersatz bei Grund- und Gewerbesteuern annimmt. Die Kommunen, die ihre Hebesätze nicht auf dieses Niveau anheben, verlieren nicht nur die möglichen Einnahmen, sondern werden im Vergleich zu den Kommunen mit den vorgegebenen Hebesätzen schlechter gestellt. Zudem wird der Finanzausgleich künftig über Durchschnitt von drei zurückliegenden Jahren berechnet. "Wenn wir die Anhebung der Steuern nicht beschließen, heißt das für uns 2015 einen Einnahmeverlust von rund 700 000 Euro zu haben", machte er deutlich. Nach der Beschlussvorlage bleibt der Hebesatz für die Grundsteuer A bei 300, für Grundsteuer B steigt er von 350 auf 389 und für die Gewerbesteuer von 320 auf 357. Damit würde den fiktiven Vorgaben des Landes entsprochen.

### Einsparmöglichkeiten?

Frank-Michael Czapla (Freie Wähler) will die Steuererhöhung "den Bürgern 2011 nicht zumuten." Seiner Auffassung nach gehört die Diskussion darüber in die Haushaltsdebatte für 2011. Es gebe sicher noch andere Einsparmöglichkeiten. Auch seine Fraktionskollegin Waltraud Lange meinte: "Wir müssen dem Land sagen: Bis hierher und nicht weiter!" Brigitte Wütscher (CDU) tut sich ebenso schwer, sich "zum Handlanger für Steuererhöhungen" zumachen, auch wenn das im Land die eigene Partei so beschlossen habe. Sie wolle lieber noch für ein Jahr den Verlust hinnehmen. Vielleicht denke die Landesregierung noch mal um, wenn sie merke, dass die Kommunen nicht spuren. Diesen Wunsch wollte Bürgermeister Harzer aber nicht nähren: "Hundert Bürgermeister haben vor dem Landtag gegen diese Regelung protestiert, der Vorsitzende des Gemeinde- und Städtebundes hat dort seine Stellungnahme abgegeben - die Abgeordneten des Landtages haben nicht mal darauf reagiert!" Der Landtagsabgeordnete Tilo Kummer könne sich ja mal dazu äußern, meint er mit Blick auf den Stadtrat der Linkspartei-Fraktion. Er habe zwar gegen das Haushaltsgesetz und auch gegen den neuen kommunalen Finanzausgleich gestimmt. "Aber klar ist: Wir müssen sparen." Er könne nur davor warnen zu glauben, dass 2015 von irgendwoher ein Geldsegen komme. "Die Mehrheitsentscheidung des Landtags ist so gefallen. Sie gefällt mir nicht. Aber ich bitte der Erhöhung der Steuersätze zuzustimmen, um die Stadt vor Einnahmeverlusten zu bewahren."

Eberhard Wiener (Feuerwehr) meinte: "Wer sich was aufbaut, wird immer zur Kasse gebeten. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren zuzustimmen."

### **Verantwortung zeigen**

Der Bürgermeister appellierte an die Stadträte, Verantwortung für die Zukunft zu zeigen. Sein zweiter Beigeordneter Holger Obst (CDU) kann diese Argumentation zwar nachvollziehen, aber als Marktwirtschaftler frage er sich schon, wo das Geld herkommen solle. Wenn das Land in solchen Sparzwängen sei, verstehe er nicht, wieso die Gebietsreform solche Blüten treiben könne. Er könne nur einen Appell nach Erfurt schicken, auch noch an die eigene Partei, doch lieber die Mittelzentren zu stärken, als den Zusammenschluss kleiner Gemeinden im Umfeld zu fördern. "Ich denke, Steuererhöhung wäre der falsche Weg."

Auch Frank Bumann (SPD) spricht von einer Zwangslage: "Aber ich bin auch überzeugt, dass wir die fehlenden 700 000 Euro im Jahr 2015 nicht aufbringen können. Welche Erbschaft hinterlassen wir dann unseren Nachfolgern?"

Mit einer Stimme Mehrheit wurde die Erhöhung der Steuerhebesätze auf das vom Land Thüringen angegebene Niveau für das Jahr 2011 beschlossen.